

Zerstörtes Land, zerrüttete Politik

Am 6. Februar erschütterte ein schweres Erdbeben der Stärke 7,8 den Norden Syriens. Während Tausende ihr Leben verloren, schlägt in Syrien die Stunde der Opportunisten.

Michael Bauer und Anne Bauer

Die Nachwirkungen des schweren Erdbebens, das vor eineinhalb Monaten Syrien und die Türkei erschütterte, sind noch lange nicht vorbei. Obwohl die schlimmsten Nachbeben inzwischen abgeklungen sind, bleiben vielfältige humanitäre und politische Herausforderungen bestehen. Zwar eilten viele ausländische Staaten zur Hilfe, doch erschwerten die komplexen Verhältnisse Syriens, mit seinen vom Krieg zerrütteten politischen Strukturen, die humanitären Hilfsbemühungen erheblich. Außerdem gelang es dem Assad-Regime, aus der Katastrophe politisches Kapital zu schlagen, indem es sich insbesondere der Gemeinschaft arabischer Staaten wiederannähern konnte, aus der es vor mehr als einem Jahrzehnt verstoßen worden war.

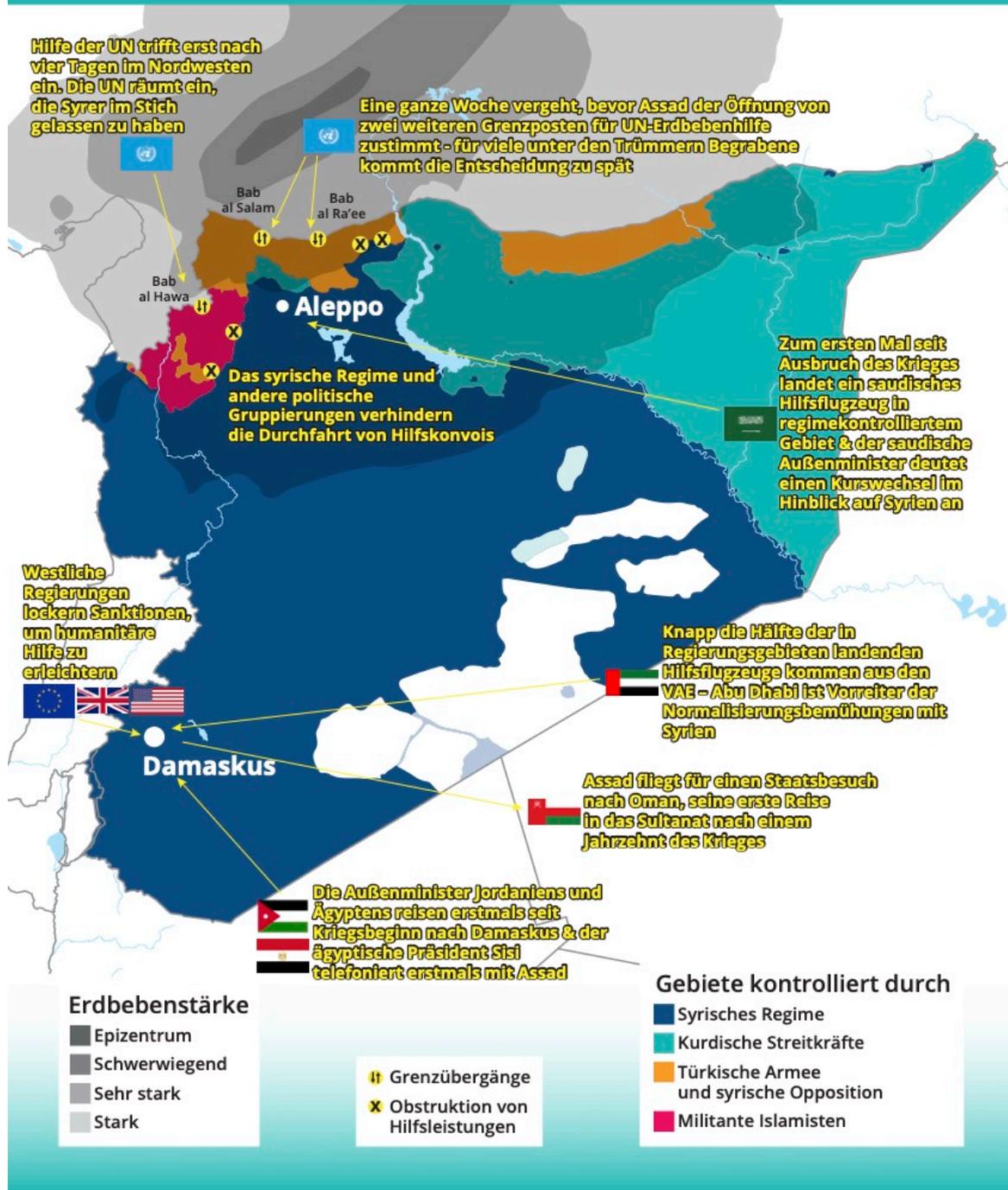
Zersplitterte syrische Politik und vereitelte Hilfslieferungen

Am 6. Februar erschütterten zwei aufeinanderfolgende Erdbeben der Stärken 7,8 und 7,6 den Norden Syriens und die Türkei. Mehr als 51.000 Menschen verloren ihr Leben. Hunderttausende wurden verletzt oder verloren ihre Bleibe. Zwar lag das Epizentrum des Erdbebens in der südlichen Türkei, wo die Auswirkungen folglich am gravierendsten waren, doch auch in den syrischen Provinzen Idlib, Aleppo, Homs, Hama und Latakia kam es zu verheerender Zerstörung, bei der um die 6000 Menschen starben und mehr als 105.000 Haushalte ihr Obdach verloren. Weiterhin sind Millionen von Menschen dringend auf humanitäre Unterstützung angewiesen.¹ Regierungen und Organisationen aus aller Welt sandten angesichts des großen Ausmaßes der Zerstörung Hilfsgüter nach Syrien, jedoch förderten deren Verteilung vor Ort abermals die bestehenden politischen Zerwürfnisse innerhalb Syriens zutage, was die humanitäre Unterstützung auf vielerlei Weise behinderte. Während das Regime in Damaskus weite Teile des Landes beherrscht, werden vor allem die nördlichen Provinzen von verschiedenen, oft verfeindeten Oppositionsgruppen und ihren ausländischen Unterstützern kontrolliert. Der Nordwesten ist unterteilt in Gebiete, die von der Türkei und ihren verbündeten Oppositionsgruppen dominiert werden, und einen Teil, den die islamistische Rebellenmiliz Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) beherrscht. HTS wird von den USA und den Vereinten Nationen (VN) als Terrororganisation eingestuft. Den Nordosten kontrollieren zu weiten Teilen von den USA unterstützte kurdische Gruppierungen. Der Transport von Hilfsgütern durch diese unterschiedlichen Einflussgebiete hindurch wurde von den dort vorherrschenden Akteuren erheblich erschwert. Dabei hätte das Erdbeben kaum eine vulnerablere Bevölkerung treffen können, als die syrische. Insbesondere im von der Opposition kontrollierten Nordwesten leben auf einer Fläche, die nicht einmal 4% des syrischen Staatsgebiets ausmacht, mehr als 4,5 Millionen Zivilisten. Knapp 3 Millionen von ihnen sind Binnenflüchtlinge. Schon vor dem Erdbeben waren große Teile der Infrastruktur zerstört und 90% der Bevölkerung von humanitärer Hilfe abhängig, während Luftangriffe und Kämpfe mit dem Regime weiter andauerten.²

¹ Vgl. UN OCHA, [Syrian Arab Republic: Earthquakes - Syria Situational Updates](#), 1. März 2023.

² Vgl. UN OCHA, [North-West Syria: Situation Report](#), 18. Januar 2023.

NEUARTIGE POLITISCHE EREIGNISSE IN SYRIEN SEIT DEM ERDBEBEN



Hinweis: Diese Karte erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr soll ein Überblick über die im Bericht behandelten Ereignisse verschaffen werden. Ausführlichere Informationen sind dem Text zu entnehmen.

Vor diesem Hintergrund riefen die VN nach dem Erdbeben zu einem sofortigen Waffenstillstand auf, jedoch wurde lokalen Quellen zufolge der Beschluss des vom Erdbeben getroffenen Nordwestens durch Regimekräfte schon wenige Tage nach dem Beben fortgesetzt.³ Das weitreichende Misstrauen und die Feindseligkeit aller Parteien wurde ebenfalls deutlich, als die im Nordwesten regierende HTS Berichten zufolge nur wenige Tage nach dem Erdbeben einen UN-Hilfskonvoy aus Damaskus aufhielt. Auch die Syrische Nationale Armee (SNA), die von der Türkei unterstützt wird, verweigerte wenige Tage nach dem Erdbeben 100 Lastwagen mit Hilfsgütern die Einfahrt nach Afrin. Die Güter waren von der Autonomen Verwaltung Nordostsyriens (AANES) gespendet worden, die im überwiegend kurdischen Nordosten Syriens herrscht. Als die Hilfsgüter daraufhin in ein mehrheitlich kurdisches Gebiet in Aleppo umgeleitet werden sollten, wurden sie dort von Truppen des syrischen Regimes gestoppt.⁴ Als das Regime daraufhin die Aushändigung der Ladung verlangt haben soll, wurde dies aus Sorge vor Konfiszierung verweigert. Schlussendlich wurde der Konvoy an einem nicht bekanntgegebenen Ort geparkt, bis die syrische Regierung ihre Forderungen aufgeben würde.⁵ Dieses Beispiel zeigt auf, wie politischen Beweggründen Vorrang vor humanitären Notwendigkeiten eingeräumt wird. „Alle Akteure, seien es das Regime oder die Oppositionellen, schlagen Nutzen [aus der Situation]. Sie verfolgen ihre eigenen politischen Motive und wollen durch die Ablehnung der Hilfe verhindern, dass der Eindruck entsteht, sie würden der politischen Agenda einer anderen Partei in die Hände spielen.“, erklärt Bassel Kaghadou, syrischer Experte für humanitäre Hilfe und Peacebuilding.⁶

Gegensätzliche politische Agenden beeinflussen humanitäre Bemühungen ebenso mit Blick auf die Frage, ob Hilfe „cross-border“ oder „cross-line“ geleistet werden soll. Von der VN genehmigte humanitäre Hilfe in den von Rebellen kontrollierten Nordwesten Syriens wird „cross-border“ über die Türkei geliefert. Seit Russland und China 2020 im VN-Sicherheitsrat gegen die Fortsetzung der Nutzung mehrerer Grenzübergänge votierten, werden Hilfsgüter nur noch über einen einzelnen Posten geliefert - Bab al-Hawa. Assad und seine Verbündeten fordern schon lange einen neuen Mechanismus, der alle Hilfslieferungen „cross-line“, d.h. durch Regierungsgebiete hindurch in Rebellengebiete liefern lässt. Nach dem Erdbeben wurde diese schon länger bestehende Forderung des Regimes erneut vorgetragen. Hilfsorganisationen wiesen jedoch mit Nachdruck darauf hin, dass angesichts der Notsituation eine Öffnung weiterer Grenzübergänge zur Türkei dringend geboten sei. Die Tatsache, dass internationale Hilfe die Türkei in kürzester Zeit erreichte, es aber ganze vier Tage dauerte, bis ein erster VN-Konvoi von dort aus in die Provinz Idlib gelangte, unterstrich die Forderung der Hilfsorganisationen. Die Lage veranlasste den Leiter der VN-Nothilfe Martin Griffiths in einem seitdem vielfach geteilten Tweet einzuräumen: „Wir haben die Menschen im Nordwesten Syriens im Stich gelassen. Sie fühlen sich zurecht verlassen. Sie warten auf internationaler Hilfe, die nicht ankommt.“⁷

Nach einem Treffen mit Griffiths eine Woche nach dem Erdbeben genehmigte Assad schließlich die Öffnung zweier zusätzlicher Grenzübergänge, Bab al-Salam und Bab al-Raee, für zunächst drei Monate. Angesichts dieser Verzögerung kam es zu einer Diskussion darüber, ob die Zustimmung des syrischen Präsidenten überhaupt notwendig gewesen war, oder ob „cross-border“ Hilfsleistungen auch durch eine breitere Auslegung des Völkerrechts hätten ermöglicht werden können. Während die VN Letzteres bestreiten, sind einige Rechtsexperten und Menschenrechtsanwälte der Meinung, dass ein Warten auf Genehmigung durch das Regime oder den Sicherheitsrat nicht notwendig gewesen sei, um die betroffenen Gebiete in Nordwestsyrien zu versorgen. Es bleibt abzuwarten, wie und ob die Debatte zur Verbesserung der derzeitigen Hilfsleistungsmechanismen in Syrien beitragen wird. Unbestritten ist jedoch, dass „die Gebiete im Nordwesten einen Mechanismus für lebensrettende humanitäre Hilfe benötigen, der

³ Vgl. UN Human Rights, [Twitter Post](#), 10. Februar 2023 & National Coalition of Syrian Revolution and Opposition Forces, [Syrian Interim Government Report: Assad Regime Continues Attacks on Northwestern Syria Despite Earthquake](#), 6. März 2023 &

Perry u. Richardson, Reuters, [Syrian government forces, rebels clash in quake-hit region-report](#), 17. Februar 2023.

⁴ Vgl. Human Rights Watch, [Northwest Syria: Aid Delays Deadly for Quake Survivors](#), 15. Februar 2023

⁵ Vgl. Zaman, Al-Monitor, [Did US pressure force Turkey to let Syrian-Kurdish earthquake aid into rebel-held northwest?](#), 13. Februar 2023.

⁶ Das Interview führte die KAS mit Bassel Kaghadou, syrischer Experte für humanitäre Hilfe und Friedensstiftung, 27. Februar 2023.

⁷ Vgl. Martin Griffiths, [Twitter Post](#), 12. Februar 2023.

zuverlässiger ist, als auf die Zustimmung von Kriegsparteien warten zu müssen, die die betroffenen Gebiete im Laufe des Konflikts konsequent abgeschnitten haben und deren Verhalten auf absehbare Zeit problematisch bleiben wird.“, wie Natasha Hall, Senior Fellow des Nahostprogramms am Center for Strategic and International Studies, feststellt.⁸

Die Motive hinter der scheinbar großzügigen Geste Assads, nach einer Woche zusätzliche Grenzübergänge zu öffnen, die jedoch für viele unter den Trümmern Gefangene viel zu spät kam, sind Gegenstand von Spekulationen. Während einige von einem möglichen "closed-door deal" auf Geheiß der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sprechen, vermuten andere, dass Assad versucht, sein diplomatisches Ansehen zu verbessern, indem er seinen Kritikern den Wind aus den Segeln nimmt.⁹ Außerdem könne er die Drohung die Grenzposten wieder zu schließen als Druckmittel einsetzen.¹⁰ „Assad hat somit abermals Kontrolle darüber erlangt, den VN Zugang zum Land zu gewähren. Das verschafft ihm neue Legitimität und eine gestärkte diplomatische Verhandlungsposition“, meint Dr. Karam Shaar, politischer Ökonom und Non-resident Scholar am Middle East Institute.¹¹ Bassel Kaghadou merkt außerdem an: „Das Erdbeben hat veranschaulicht, dass der Umgang mit dieser Art von Akteuren die internationale Gemeinschaft vor große Herausforderungen stellt. Dem Regime ist nicht zu trauen, den de-facto Machthabern [in den Rebellengebieten] ist ebenfalls nicht zu trauen; man hat weder für cross-line noch für cross-border Hilfsleistungen einen vertrauenswürdigen Partner, mit dem man zusammenarbeiten könnte.“¹²

„Erdbebendiplomatie“ unter dem humanitären Deckmantel

Obwohl seit mehr als einem Jahrzehnt geächtet, bot sich Assad durch das Erdbeben eine Gelegenheit, diplomatische Beziehungen wieder erstarken zu lassen und Kommunikationskanäle, insbesondere zu arabischen Staaten, zu öffnen. So reiste Assad für offizielle Staatsbesuche in den Oman, den er seit Ausbruch des Bürgerkrieges nicht besucht hatte. Die Außenminister Jordaniens und Ägyptens statteten ihrerseits dem Machthaber in Damaskus einen Besuch ab. Außerdem fand ein Telefongespräch zwischen dem ägyptischen Machthaber Abdel Fattah Al-Sisi und Assad statt – der erste offizielle Austausch zwischen den beiden Führern überhaupt.¹³ „Dem Assad-Regime ist es gelungen, die Situation an mehreren Fronten zu seinen Gunsten zu nutzen, vor allem aber in Bezug auf die diplomatische Anerkennung, die mit der bilateralen Hilfe und der verstärkten und verbesserten Kommunikation mit den VN einherging“¹⁴, meint Karam Shaar. Diese diplomatischen Fortschritte kommen für Assad zu einer Zeit, in der seine langjährigen Unterstützer Iran und Russland in innenpolitische Unruhen bzw. einen Angriffskrieg verwickelt sind. Während Teheran in kurzer Zeit Flugzeuge mit Erdbebenhilfe an das Regime sendete, schickte das vom eigenen Krieg gebundene Moskau keine zusätzlichen Ressourcen nach Damaskus. Der Kreml erklärte lediglich, dass 300 der bereits in Syrien stationierten Truppen dabei helfen würden, auf das Erdbeben zu reagieren.¹⁵

In der Tat können die Verteilung ausländischer Hilfe in Regime- bzw. Rebellengebiete sowie begleitende diplomatische Gesten weitgehend als Ausdruck der Haltung des Geberlandes gegenüber Assad verstanden werden. So waren es die VAE, die einen Großteil der in die Regierungsgebiete gesendeten Hilfsgüter bereitstellten und deren Hilfsflugzeuge nach Angaben der syrischen Behörden fast die Hälfte aller auf Regime-Flughäfen landenden Maschinen ausmachten. Ebenso waren es die VAE, die sich in den vergangenen Jahren als treibende Kraft bemühten, regionale Normalisierung mit dem syrischen Regime herbeizuführen.¹⁶ So wurde Assad eineinhalb Monate nach dem Erdbeben nach Abu Dhabi eingeladen, wo sowohl die Forderung nach umfangreicher humanitärer und wirtschaftlicher Hilfe als auch einer

⁸ Das Interview führte die KAS mit Natasha Hall, Middle East Program Senior Fellow at CSIS, 8. März 2023.

⁹ Vgl. Syria Today in 'The Syrian Observer', [Assad Wants to Escape Isolation After Earthquake](#) 16. Februar 2023.

¹⁰ Vgl. Bassam et al., Reuters, [Exclusive: Assad approved Syria quake aid with a UAE nudge, sources say](#), 23. Februar 2023.

¹¹ Das Interview führte die KAS mit Dr. Karam Shaar, Politökonom und Non-Resident Scholar at MEI, 4. März 2023.

¹² Das Interview führte die KAS mit Bassel Kaghadou, syrischer Experte für humanitäre Hilfe und Friedensstiftung, 27. Februar 2023.

¹³ Vgl. Aljazeera, [Jordan's foreign minister visits Syria in first trip since war](#), 15. Februar 2023.

¹⁴ Das Interview führte die KAS mit Dr. Karam Shaar, Politökonom und Non-Resident Scholar at MEI, 4. März 2023.

¹⁵ Vgl. Reuters, [Russia says more than 300 troops helping Syria recover from earthquake](#), 14. Februar 2023.

¹⁶ Vgl. Aljazeera, [Syria's Assad thanks 'Arab brothers' as quakes stir aid diplomacy](#), 17. Februar 2023.

Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga wiederholt wurde.¹⁷ Auch Jordanien, das mehrere Flugzeuge und Hilfskonvois nach Damaskus sandte, war schon 2021 wieder mit Assad in Kontakt getreten – wenn auch mit begrenztem Erfolg. Selbst Assads Reise in den Oman kam nicht allzu überraschend, war das Sultanat doch der einzige Staat des Golfkooperationsrats, der seine diplomatischen Beziehungen zu Syrien während des gesamten Konflikts aufrechterhielt und auch die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga unterstützt. Entsprechend leisteten Staaten wie Kuwait und Katar, die seit jeher die syrische Opposition unterstützen und nach dem Erdbeben ihre Ablehnung gegenüber einer Normalisierung mit dem Regime wiederholt bekräftigten, nur in den Oppositionsgebieten Hilfe.¹⁸ Ägypten und Saudi-Arabien wählten den Mittelweg und belieferten beide Seiten. Hierbei sandte Saudi-Arabien zwar den weitaus größeren Teil seiner Hilfsgüter in Oppositionsgebiete, doch sind auf Regimeterritorium landende saudische Flugzeug ein Novum. Im Zusammenhang dazu erregte der saudische Außenminister Aufmerksamkeit mit einer Äußerung, die auf einen möglichen Strategiewechsel in Bezug auf Syrien hindeutet.¹⁹

Es bleibt dennoch zu bezweifeln, dass die „Erdbebendiplomatie“ Assads und seiner Verbündeten für einen diplomatischen Durchbruch oder gänzlich neue Entwicklungen führen wird. Laut Jihad Yazigi, Syrien-Analyst und Chefredakteur von ‚The Syria Report‘, „sieht es so aus, als ob jedes dieser arabischen Länder die Distanz zu Damaskus etwas verringert hat, aber viele von ihnen hätten viel mehr tun können, wenn sie auf eine vollständige Normalisierung gedrängt hätten.“²⁰ Karam Shaar merkt an: „Es ist nicht das erste Mal, dass wir einen Vorstoß in Richtung Normalisierung sehen, aber weil die USA die Bremse bisher angezogen hielt, ist nicht wirklich viel passiert. Ich denke, dass es dieses Mal nicht anders ist. Wenn wirklich etwas passieren hätte sollte, wären die Anzeichen direkt nach dem Erdbeben stärker gewesen.“²¹ Obwohl keiner der genannten Staaten bislang eine Kehrtwende gegenüber Syrien vollzog, weist Natasha Hall dennoch auf Entwicklungen hin, die Anlass zur Sorge bieten: „Die Tatsache, dass die Beziehungen jetzt öffentlicher und offensichtlicher sind, ist an und für sich schon etwas Neues. Denn es handelt sich um ein Regime, das abgesehen von seinen Hauptverbündeten isoliert war und nun öffentlich in die Mitte der Gemeinschaft zurückkehrt. Für ein Regime, das in den letzten 12 Jahren Massengräuelataten begangen hat, wie wir sie in unserer Generation noch nicht erlebt haben, ist das sehr bedeutsam.“²²

Zwischen Sanktionen und humanitärer Hilfe – ein politischer Drahtseilakt

Nach dem syrischen Aufstand von 2011 wurde das Assad-Regime von den USA, der EU und weiteren Staaten wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen gegen die eigene Bevölkerung mit weitgreifenden Sanktionen belegt. Wie bereits mehrmals zuvor ergriff Assad auch nach dem Erdbeben die Gelegenheit, die bedingungslose Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien zu fordern, die seiner Meinung nach „das größte Hindernis im Kampf gegen die Erdbebenfolgen“ seien.²³ Das Erdbeben traf damit den Kern einer schon lange geführten Debatte über die Auswirkungen der Sanktionen auf die syrische Bevölkerung und den humanitären Sektor. Während auf der einen Seite festzustellen ist, dass humanitäre Hilfe schon vor dem Erdbeben von den Sanktionen ausgenommen war und diese als solche deshalb kein Hindernis für humanitäre Hilfe darstellen, kann sogenannte Over-Compliance von Banken und Versicherungen die Arbeit von NROs bisweilen beeinträchtigen.²⁴

¹⁷ Vgl. Aljazeera, [Syria's Assad in UAE for second post-quake Gulf visit](#), 19. März 2023.

¹⁸ Vgl. Cahn u. Yavorsky, The Washington Institute, [Disaster Dynamics: Assessing Middle East Response to the Turkey-Syria Earthquake and Other Destructive Events](#), 3. März 2023.

¹⁹ Vgl. Gulf News, [Saudi foreign minister: Syria could return to Arab League, but not yet](#), 8. März 2023. Nach Fertigstellung dieses Berichts, infolge der saudi-iranischen Wiederannäherung, wurde bekanntgegeben, dass die saudische Botschaft in Damaskus wiedereröffnet werden soll.

²⁰ Das Interview führte die KAS mit Jihad Yazigi, Chefredakteur von The Syria Report, 22. Februar 2023.

²¹ Das Interview führte die KAS mit Dr. Karam Shaar, Politökonom und Non-Resident Scholar at MEI, 4. März 2023.

²² Das Interview führte die KAS mit Natasha Hall, Middle East Program Senior Fellow at CSIS, 8. März 2023.

²³ Vgl. Syrian Arab News Agency, [Western sanctions on Syria are the major obstacle in response to earthquake repercussions](#), 7. February 2023.

²⁴ Vgl. The Syria Report, [Amid Disinformation Campaign, Western Sanctions Accused of Impeding Aid](#), 14. Februar 2023.

Angesichts der dramatischen Lage, kündigten die USA, die EU, das Vereinigte Königreich und die Schweiz eine sechsmonatige Abänderung ihrer Sanktionsvorschriften an, um administrative Hindernisse bei der Bereitstellung von Nothilfe zu minimieren. Diese Änderung wird zwar oft als "Sanktionsbefreiung" bezeichnet, ist aber eher eine zusätzliche Erleichterung der bereits bestehenden Ausnahmeregelungen für humanitäre Hilfe. In der Praxis sorgt die Abänderung dafür, dass Institutionen in den nächsten sechs Monaten Nothilfe leisten können, ohne zuvor eine Genehmigung zur Befreiung von den Sanktionen einholen zu müssen.²⁵ Wenngleich die Ausnahmeregelung dazu beitragen kann, Hilfsleistungen zu beschleunigen, so ist doch keine allzu große Wirkung zu erwarten. Ein Grund dafür ist, dass die größten Akteure, wie z.B. alle VN-Organisationen, nie von den unilateralen Sanktionen betroffen waren. Karam Shaar weist außerdem darauf hin, dass "die Auswirkungen begrenzt sein werden, weil das größte Hindernis für die humanitäre Hilfe die Gaunereien des Regimes sind – und nicht die Sanktionen."²⁶ Er führt weiter aus: „Die Sanktionen zu lockern ist gute PR. Im Grunde genommen sendet es dem Regime und seinen Unterstützern die Nachricht: Seht her, ihr gebt den Sanktionen die Schuld, richtig? Hier habt ihr die Ausnahmeregelung, mal schauen, ob das die Katastrophenhilfe verbessern wird.“²⁷ Dem pflichtet auch Jihad Yazigi bei: „Die temporäre Lockerung der Amerikaner und Europäer beraubt das Regime seines Sündenbocks.“²⁸ In der Tat wendet das Assad-Regime nachweislich verschiedenste Taktiken zur Abschöpfung und Instrumentalisierung von Hilfsgeldern an. Darunter fallen unter anderem die Manipulation des Wechselkurses für Hilfsgütertransfers, die Verteilung von Hilfe ausschließlich in regimetreuen Gebieten oder die Einschleusung regierungsnaher Funktionäre in internationale Hilfsorganisationen. So entfachte das Erdbeben erneut die schon oft geführte Debatte darüber, wie die VN und andere humanitäre Organisationen zu Kompromissen zugunsten des syrischen Führers und seiner Handlanger gezwungen werden. Außerdem wurde Kritik an den verworrenen Beziehungen zwischen VN und dem syrischen Regime laut, nachdem aufgedeckt wurde, dass eine Tochter des sanktionierten syrischen Spionagechefs in einem VN-Büro in Damaskus angestellt ist.²⁹

Zu den bereits bestehenden Komplikationen von Sanktionen und humanitärer Verantwortung, kommen durch das Erdbeben neue Schwierigkeiten hinzu. Die Kosten der Erdbebenhilfe in Syrien belaufen sich Schätzungen der VN zufolge auf 14,8 Mrd. USD.³⁰ Auf einer von der EU geführten Geberkonferenz in Brüssel wurden der Türkei und Syrien 7. Mrd. EUR Erdbebenhilfe zugesichert. Es wurde jedoch erneut erwähnt, dass die Unterstützung im Falle Syriens lediglich für humanitäre Hilfe und sogenannte „early recovery measures“ aufgewandt werde, welche von den Sanktionen ausgenommen sind. Maßnahmen im Rahmen des Wiederaufbaus sind somit weiterhin ausgeschlossen.³¹ Das Monitoring, wo und wie die Erdbebenhilfe eingesetzt werden soll, wird in den kommenden Monaten, wenn nicht sogar Jahren, eine erhebliche Herausforderung darstellen. Hierbei gestaltet sich vor allem die Unterscheidung von Erdbeben- und Kriegsschäden als problematisch. Die chaotische Lage nach der Erdbebenkatastrophe gibt Anlass zur Sorge, dass das Regime die Situation ausnutzen und Hilfsgelder für seine eigenen Vorstellungen des Wiederaufbaus zweckentfremden könne, indem z.B. im Bürgerkrieg beschädigte Gebäude abgerissen und mithilfe von Hilfsgeldern wiederaufgebaut werden könnten.³² Es bleibt Aufgabe der Geberländer, der internationalen Institutionen und der ausführenden Hilfsorganisationen, geeignete Kontrollmechanismen und sogenannte „smart sanctions“ zu entwickeln, um die weitere Politisierung und Instrumentalisierung humanitärer Hilfe wirksam zu unterbinden.

²⁵ Vgl. Marsi, Aljazeera, [US exempts Syrian earthquake aid from sanctions](#), 10. February 2023.

²⁶ Das Interview führte die KAS mit Dr. Karam Shaar, Politökonom und Non-Resident Scholar at MEI, 4. März 2023.

²⁷ Das Interview führte die KAS mit Dr. Karam Shaar, Politökonom und Non-Resident Scholar at MEI, 4. März 2023.

²⁸ Das Interview führte die KAS with Jihad Yazigi, Chefredakteur von The Syria Report, 22. Februar 2023.

²⁹ Vgl. Financial Times, [Spy chief's daughter highlights UN's tangled relations with Syrian regime](#), 8. März 2023.

³⁰ Vgl. United Nations Syrian Arab Republic, [International Donors' Conference "Together for the people in Türkiye and Syria"](#), The UN Resident Coordinator and Humanitarian Coordinator, MR. El-Mostafa BENLAMLIH, 20. März 2023.

³¹ See European Commission, [Opening remarks by President von der Leyen at the International Donors' Conference 'Together for the people in Türkiye and Syria'](#), 20. März 2023.

³² Vgl. al-Issa u. Mourad, Enab Baladi, [Does the Syrian Earthquake Cover Assad's "urban" plans?](#), 7. März 2023.

Fazit

Die politischen Entwicklungen im Nachgang des Erdbebens in Nordsyrien zeigen auf bedrückende Art und Weise, wie selbst in Zeiten beispielloser Not, politischen Zielen Vorrang vor humanitären Notwendigkeiten gewährt wird. Die wiederholte Behinderung lebensrettender Hilfsgüter und der Diebstahl selbiger, sowohl durch das Assad-Regime als auch durch andere Kriegsparteien, sind Ausdruck der Zerrüttung der Konfliktparteien und des Unwillens, für humanitäre Zwecke über politische Frontlinien hinwegzusehen. Im Falle des Erdbebens war es das syrische Regime, das durch die Instrumentalisierung der Katastrophe für politische Zwecke am meisten profitierte. Hierbei liefert die Krise denjenigen arabischen Staaten, die auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Syrien hinarbeiten, einen humanitären Vorwand, weitere Schritte in diese Richtung zu gehen. Entsprechend gibt die Verteilung der Hilfslieferungen - sprich welches Land wieviel in welche Gebiete lieferte - Auskunft über das Wohlwollen bzw. die Missbilligung der jeweiligen Länder gegenüber dem syrischen Regime. Zwar hat bisher keine arabische Regierung ihre grundsätzliche Haltung gegenüber Assad geändert, doch ermöglichte die humanitäre Notlage Staats- und Regierungschefs mit einer vor kurzem noch unbekanntem Leichtigkeit von Annäherung und Normalisierung zu sprechen. Die Tatsache, dass sich immer mehr Staaten mit dieser Realität anzufreunden scheinen - sei es aus eigennützigem, politischen Beweggründen, weil sie des Konflikts überdrüssig sind oder aus der wachsenden Überzeugung heraus, dass Assad aus Syrien nicht wegzukriegen ist -, könnte in der Tat Folgen für künftige Verhandlungen mit Damaskus haben. Zunehmende Normalisierung schränkt auch den Handlungsspielraum derjenigen Staaten ein, die Zugeständnisse und eine Verhaltensveränderung der syrischen Regierung herbeiführen wollen, ganz zu schweigen davon, das Regime für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen.

Für Assad war das Erdbeben außerdem eine Gelegenheit, mit dem Finger auf westliche Regierungen zu zeigen, und deren Beharren auf „cross-border“ Hilfe und Sanktionen für die schleppende humanitäre Versorgung nach dem Erdbeben verantwortlich zu machen. Dieses altbekannte und vielfach vorgetragene Mantra soll vom Unwillen und der Unfähigkeit des Regimes ablenken, selbst angemessen auf humanitäre Notlagen zu reagieren. Die EU, USA und andere Länder antworteten darauf, indem sie weitere Ausnahmen für humanitäre Hilfe von ihren Sanktionsvorschriften schufen; möglicherweise eher, um dem politischen Schuldzuweisungsspiel zu entgehen, als aus der festen Überzeugung heraus, dass solche Lockerungen der Korruption, dem Fehlverhalten und Opportunismus syrischer Akteure entgegenwirken können. Assad stimmte seinerseits zu, zusätzliche Grenzübergänge für Hilfsleistungen in Rebellengebiete zu öffnen. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob solche Gesten auf lange Sicht der syrischen Bevölkerung zugutekommen, oder ob diese lediglich Teil des größeren Machtkampfs sind, bei dem die Verteilung und der Zugang zu humanitärer Hilfe politisiert wird. Es lässt sich abschließend festhalten, dass eine solche Naturkatastrophe, die weder an Landesgrenzen haltmacht noch politische, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit berücksichtigt, vor allem das syrische Regime, als Hauptakteur und Verantwortungsträger, dazu veranlassen hätte müssen, wohlwollendes Verhalten und Zugeständnisse für die größere humanitäre Sache an den Tag zu legen. Stattdessen führt uns das Erdbeben einmal mehr schonungslos die festgefahrenen syrischen Verhältnisse vor Augen, ohne dabei das politische Establishment, das die Krise fortweg aufrechterhält, maßgeblich zu erschüttern.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Michael Bauer
Head of Office Lebanon
European and International Cooperation
Michael.bauer@kas.de
www.kas.de/de/web/libanon



The text of this publication is published under a Creative Commons license: "Creative Commons Attribution- Share Alike 4.0 international" (CC BY-SA 4.0), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>